



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 05. Juli 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am heutigen Morgen verkündete die Ampel-Koalition auf den letzten Metern vor der parlamentarischen Sommerpause eine Haushaltseinigung, mit der die Kanzlerschaft von Olaf Scholz noch gerettet werden soll. Das ist insoweit beachtlich, als dass die mediale Berichterstattung dieser Woche wieder einmal von Streit geprägt war und die Überfälligkeit eines Regierungswechsels in Deutschland einmal mehr untermauerte. Nehmen wir zum Beispiel die Mittwochs Ausgabe der FAZ, in der in einem Artikel mit der Überschrift „FDP bringt Vertrauensfrage ins Spiel“ nicht nur klare haushaltspolitische rote Linien durch führende FDP-Vertreter kommuniziert wurden („Wer im Deutschen Bundestag Mehrheiten gegen die Schuldenbremse sucht, müsste das ohne die FDP tun“). Dass in einem darauffolgenden Artikel mit der Überschrift „Das Vertrauen der Verfassung“ die Grundlagen und Bedingungen einer Koalitionsauflösung analysiert wurden, ist sicher der journalistischen Notwendigkeit geschuldet, ein mittlerweile denkbare Szenario einer gründlichen Beleuchtung zuzuführen.

Nach allem, was wir bislang wissen, konnte sich die FDP mit ihren wesentlichen Forderungen durchsetzen, während es Verärgierungen und Enttäuschungen aufseiten der übrigen Partner kam. So ist beispielsweise die Einhaltung der Schuldenbremse ebenso vorgesehen, wie dass auf die Feststellung der Notlage verzichtet wurde. Beide Beschlüsse sind für sich genommen zunächst begrüßenswert. Die relativierende Kommentierung des SPD-Fraktionschefs, wonach eine Notlagenerklärung auf dem Tisch bleibe, zeigt aber jedoch, dass wir nicht am Ende, sondern erst am Beginn der Haushaltsgesetzgebung sind. Innenpolitisch haben wir in dieser Woche unseren Fokus gelegt auf die Verbesserung des Opferschutzes, insbesondere für Frauen und verletzte Personen sowie auf Gewalttäter aus Parallelgesellschaften. Mit diesen Einblicken und Einschätzungen verabschiede ich mich für die kommenden Wochen zumindest schriftlich in die parlamentarische Sommerpause, in der ich allerdings nicht abtauche, sondern viele Termine und Sommerfeste vor Ort wahrnehme. Ich freue mich auf viele großartige Begegnungen im Wahlkreis.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Verbesserung des Opferschutzes, insbesondere für Frauen & verletzte Personen
- Aktuelle Stunde: Gewalttäter aus Parallelgesellschaften
- Rede zur Indo-Pazifik-Strategie der Bundesregierung
- Gute Nachricht der Woche: Adolf-Reichwein-Schule wird „Schule mit Courage“

Verbesserung des Opferschutzes.

Der Schutz der Opfer von Straftaten und besonders verletzlicher Personen ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) sowie des Lagebilds „Häusliche Gewalt“ zeigen dringenden Handlungsbedarf: Im Jahr 2023 wurden 256.276 Menschen in Deutschland Opfer häuslicher Gewalt, davon sind 70,5 Prozent weiblich. Dies ist ein Anstieg um 6,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. 155 Frauen und 24 Männer sind im Jahr 2023 durch ihre Partner oder Ex-Partner getötet worden. **Standpunkt:** *Eine Verbesserung des Opferschutzes ist gesellschaftlich dringend geboten, insbesondere für Frauen und verletzliche Personen wie Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen. Der Rechtsstaat muss entschlossen auf diese besonders verwerflichen Gewaltverbrechen reagieren. Die Täter müssen angemessen und hart bestraft werden. Wir fordern deshalb eine Erhöhung der Mindeststrafen für Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung – soweit die Körperverletzung mittels einer Waffe oder eines Messers begangen wurde – sowie bei Gruppenvergewaltigungen. Gleiches gilt bei Nachstellung („Stalking“) und Verstößen nach dem Gewaltschutzgesetz. Wir wollen zudem das strafschärfende Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ bei Mord, gefährlicher Körperverletzung und Raub einführen. Mit unserem Gesetzentwurf setzen wir ein klares Zeichen: Der Schutz besonders verletzlicher Personen – Frauen, Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen – hat in unserem Rechtsstaat Priorität. •*

Gewalttäter aus Parallelgesellschaften.

Der Mord an dem 20-jährigen Philippos T. im Kurpark von Bad Oeynhausen durch einen 18-jährigen Syrer hat Deutschland erschüttert und bewegt. Die grausame und erbarmungslose Tat fügt sich ein in eine Reihe weiterer schwerer Gewaltverbrechen in den letzten Wochen und Monaten, oftmals begangen durch junge, ausländische Täter. Den Taten gemein ist der nichtige oder gar nicht vorhandene Anlass und die darauf folgende enthemmte Gewalt, sei es durch Messer und andere Waffen oder durch brutale Schläge und Fußtritte.

Standpunkt: *Diese Taten werfen Fragen auf – grundlegende Fragen danach, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt, wie sicher wir im Alltag leben, wie der Staat unsere Sicherheit gewährleistet. Und auch danach, welche Auswirkungen die Regierungspolitik auf unser Zusammenleben hat und in der Zukunft weiter haben wird. Wir sehen dringenden politischen Handlungsbedarf in drei Bereichen: Beim Strafrecht, beim Einfordern von Integration und bei der Migrationspolitik insgesamt. Gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Bei jungen Erwachsenen muss das Erwachsenenstrafrecht gelten. Integration fordern wir deutlicher als bislang ein. Den Rückbau der Integrationsanforderungen durch die Ampel-Bundesregierung, etwa beim Aufenthaltsrecht und bei der Einbürgerung, lehnen wir ab. Schließlich müssen wir die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen und Migration auf ein integrierbares Maß begrenzen. •*

Fachlicher Austausch zur Lage im Ostkongo.

Abseits der derzeit medial beherrschenden kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Israel/Gaza geraten andere bewaffnete Konflikte oft aus dem öffentlichen Fokus - so auch der Krieg im Ostkongo. Seit Ende 2021 kommt es dort zwischen der M23-Bewegung sowie weiteren Gruppierungen und kongolesischen Streitkräften wieder zu blutigen Kämpfen. Auch einige Nachbarländer sind dort involviert - gerade die Rolle Ruandas rw, die als Unterstützer der M23 gelten, ist hier besonders kontrovers.



Über die aktuelle Lage im Ostkongo und der Region konnte ich daher am Rande der Plenarwoche mit dem Leiter des KAS-Auslandsbüros in der Demokratischen Republik Kongo, Jakob Kerstan, sprechen. Herzlichen Dank für den Austausch! •

Tatkräftige Unterstützung

In den vergangenen zwei Wochen hatte mein Bundestagsbüro wieder starke Unterstützung aus dem Wahlkreis.

Julian aus Bad Homburg hat nicht nur mein Büro großartig unterstützt, sondern auch gleichzeitig viele Eindrücke vom politischen Berlin mitgenommen.

Besonders in Erinnerung bleiben wird er durch seine zahlreichen persönlichen Interviews mit namhaftem Unionspolitikerinnen und -politikern (u.a. Julia Klöckner, Helge Braun) und seine Reels, die er auf seiner Instagram-Seite @julianinberlin_24 veröffentlicht.

Vielen Dank für Deine Unterstützung und alles Gute, lieber Julian! •



Meine Rede zur Kooperation im Indopazifik

Als zuständiger Berichterstatter oblag es mir in dieser Woche zu einem Antrag der Koalitionsfraktionen zu einer vertieften Zusammenarbeit mit dem indopazifischen Raum zu sprechen. Hier finden Sie die Rede im Wortlaut:

„Frau Präsidentin! Werte Frau Außenministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute zwei sehr unterschiedliche Anträge, der Ampelfraktionen einerseits und der AfD andererseits, vorliegen, bei denen es um die Zusammenarbeit mit den Ländern im indopazifischen Raum geht. Ich danke den Koalitionsfraktionen ausdrücklich dafür, dass wir dieses Thema heute auf der Tagesordnung haben, was, wie ich finde, viel zu selten ist.

Während der Antrag der AfD, wie zu erwarten war, wieder mal mehr Quellenangaben als sinnvolle strategische Punkte aufweist, stellt der Antrag der Koalitionsfraktionen sowohl vom Umfang her als auch inhaltlich eine sehr gute Grundlage für die parlamentarische Beratung dar.

Es ist unbestritten, dass der indopazifische Raum zu einem der wichtigsten geopolitischen Schauplätze des 21. Jahrhunderts geworden ist. Die dortigen Spannungen und Herausforderungen erfordern eine klare und konsequente Positionierung Deutschlands und Europas.

Ihr Antrag, liebe Koalitionsfraktionen, beinhaltet eine Analyse der Herausforderungen für Deutschland und die Länder im Indopazifik, auf deren Grundlage Sie Vorschläge für ein weiteres Engagement formulieren. Eine genaue Analyse, welchen konkreten Bedarf die einzelnen Länder in der Region haben, fehlt allerdings komplett.

Wir begrüßen ausdrücklich das Ziel des Antrages, dass die Zusammenarbeit mit der Region vertieft werden soll. Eine substanzielle Basis, dies auch umsetzen zu können, findet sich in Ihrem Antragstext allerdings nicht. Darauf werde ich gleich eingehen.

Sie betten Ihren Antrag in die Nationale Sicherheitsstrategie ein. Das ist insofern auch sinnvoll und notwendig, als das Wort „Indopazifik“ in dieser Strategie bisher praktisch keine Erwähnung findet, lediglich in einem lauwarmen Satz - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung -:

„Global bleibt auch der Indopazifik für Deutschland und Europa von besonderer Bedeutung.“

Ich finde, das ist etwas dünn als Grundlage und kann daher auch keine Grundlage für diesen Antrag sein.

Trotz des Umfangs und vieler durchaus richtiger Punkte und Analysen krankt der Antrag der Koalitionsfraktionen an drei wesentlichen Punkten:

Erstens. Wie so oft in der politischen Diskussion gibt der Antrag zwar vor, über den Indopazifik zu diskutieren; es geht aber eigentlich eher um China.

Das kann man auch mathematisch nachweisen: Das Wort „China“ findet sich 36-mal in diesem Antrag. Auch wenn ich aus dieser Rede keinen mathematischen Vortrag machen will: Zahlen lügen eben nicht. Indien wird immerhin noch 14-mal im Antrag erwähnt, Japan sechsmal, Australien viermal, jeweils mit einem Satz und in Aufzählungen, Thailand ein einziges Mal, ebenfalls in einer Aufzählung. Ich glaube nicht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, dass das ein sinnvoller Ansatz für die Wertschätzung der Länder in dieser Region ist.

Zweitens. Interessant finde ich auch, welche Länder Sie gar nicht erwähnen. Liebe Agnieszka Brugger, du hast es eben in deiner Rede erwähnt: Es gibt ja durchaus Erfolge. Die Einrichtung der Botschaft auf Fidschi - durchaus richtig, auch strategisch sinnvoll - findet in dem Antrag keine Erwähnung.

Auch findet keine Erwähnung, was das Thema Salomonen angeht - ebenfalls eine strategische Herausforderung im chinesischen Konflikt -: Wie gehen wir damit um? Myanmar wird zwar zweimal erwähnt, aber nur in der beobachtenden Bemerkung, dass es dort Menschenrechtsverletzungen gibt. Wie wir mit diesen Menschenrechtsverletzungen umgehen und wie wir sie eindämmen: Fehlanzeige.

Drittens, der letzte und vielleicht auch wichtigste Punkt. Sie wollen, dass der Bundestag heute 40 Punkte beschließt, die wir als Forderungen gegenüber der Bundesregierung erheben. Um es klar

zu sagen: Die allermeisten davon sind richtig und sinnvoll. Aber Sie selbst stellen sie unter den Haushaltsvorbehalt.

Das ist zwar grundsätzlich richtig, bedeutet aber, dass das im Endeffekt Luftnummern sind, weil Sie keinerlei Priorisierung vornehmen und nicht sagen: Was ist denn, wenn wir das mit dem Haushalt nicht realisieren können? Welche Forderungen sind uns besonders wichtig? Exemplarisch kann man das an der richtigen Forderung erkennen, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in der Region weiter gestärkt werden soll, wir parallel aber erleben, dass Goethe-Institute geschlossen werden müssen, weil die Förderung nicht mehr stattfindet.

So wie wir es gemeinsam mit der breiten Öffentlichkeit wahrnehmen, ist der Status Ihres Haushaltsstreites seit Wochen unverändert: im Streit gefangen, in den Zielen auseinander und mit einem Bundeskanzler im Mittelpunkt, bei dem Führung bestellt wurde, es scheinbar aber zu erheblichen Lieferproblemen kommt. Insgesamt mangelt es Ihrem Antrag an klaren Antworten, die wir glaubwürdig und mit konkretem Bedarf gegenüber den Partnern formulieren können. Wir werden deshalb beide Anträge ablehnen.

Vielen Dank. •



Die gute Nachricht der Woche **Adolf-Reichwein-Schule wird in Neu-Anspach wird „Schule mit Courage“**

Am Dienstag kamen die Vertreter der Schulgemeinschaft der Adolf-Reichwein-Schule (ARS) sowie Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft in zur Titelverleihung „Schule mit Courage“ zusammen. Dabei haben, begleitet von musikalischen Beiträgen aus der Schülerschaft sowie des Schulorchesters, u.a. der Hessische Kultusminister Armin Schwarz, der Neu-Anspacher Bürgermeister Birger Strutz sowie als Repräsentantin des fördernden Unternehmens Adam Hall, Frau

Constanze Faulenbach, in ihren Reden und Grußworten das Engagement der Schule gewürdigt. Als mich Schulleiter Dirk Schulz vor einigen Monaten um die Übernahme einer Patenschaft in diesem Zusammenhang gebeten hat, habe ich dies gerne zugesagt und begleite als Pate die Schulgemeinschaft fortan in ihrem Bestreben, die Werte und Ziele als Schule mit Courage und ohne Rassismus mit Leben zu füllen.

Mit diesem Titel ist die ARS ein Teil eines 4 400 Schulen umfassenden Netzwerks geworden, das sich dem Einsatz für Menschenrechte in der Schulgemeinschaft und ihrer Umgebung verpflichtet. Ein wertvoller Beitrag zur Demokratiebildung! •

